



Uwe Kekeritz
Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77346
Fax: +49 30 227-76346
Mail: Uwe.Kekeritz@bundestag.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73041
Fax: +49 30 227-76041
Mail : Beate.Mueller-Gemmeke@bundestag.de

Uwe Kekeritz/Beate Müller-Gemmeke, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Königliche Botschaft von Kambodscha
Seiner Exzellenz dem Botschafter von
Kambodscha, Dr. Widhya Chem
Benjamin- Vogelsdorff- Straße 2
13187 Berlin-Pankow

Berlin, 22. Januar 2014

Sehr geehrter Herr Dr. Widhya Chem,

als grüne Bundestagsabgeordnete verfolgen wir die derzeitigen Geschehnisse in Kambodscha mit Sorge. Wie die Mahnwache am 5. und 12. Januar vor Ihrer Botschaft gezeigt hat, nimmt auch die deutsche Bevölkerung Anteil an dem Schicksal der kambodschanischen TextilarbeiterInnen. Wir unterstützen diese Initiative uneingeschränkt und freuen uns, dass so zahlreiche Menschen der Mahnwache beigewohnt haben.

Mit diesem Schreiben möchten wir in erster Linie unsere Solidarität mit den kambodschanischen TextilarbeiterInnen ausdrücken. Wir halten eine Erhöhung des Mindestlohns auf 116 Euro für eine legitime, wenngleich auch sehr bescheidene Forderung. Die von der Regierung angebotene Lohnanhebung um 20 Prozent wird dem Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard nicht gerecht, denn sie berücksichtigt nur unzureichend die zum Teil erheblichen Preissteigerungen der letzten Jahre. Gerade im Bereich der Grundversorgung war der Preisanstieg überproportional hoch. Es ist aus unserer Sicht verständlich, dass sich die Arbeiter und Arbeiterinnen mit diesem Angebot nicht zufrieden geben wollen.

Die Streiks wurden vorerst beendet, da es bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten bedauerlicherweise zu fünf Todesfällen kam. Nach unserem Empfinden handelt es sich bei der gewaltsamen Auflösung der Proteste durch die Sicherheitskräfte um eine unverhältnismäßige Gewaltanwendung und somit um einen Verstoß gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit. Den GewerkschafterInnen wurde somit ein legitimes Mittel genommen, um sich gegen inakzeptable Arbeitsverhältnisse zur Wehr zu setzen. Aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber den TextilarbeiterInnen fiel die Entscheidung die Streiks vorerst auch ohne Einigung zu beenden. Der Konflikt ist somit jedoch noch längst nicht beigelegt und könnte in Kürze wieder aufflammen und weitere Opfer fordern. Als Vertreter der kambodschanischen Regierung in Deutschland würden wir Sie gerne um eine Stellungnahme zu den Vorfällen in Phnom Penh bitten. Ebenso würden wir uns freuen, wenn Sie uns mitteilen könnten, wie Sie den Forderungen der TextilarbeiterInnen gegenüberstehen und wie Sie die Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Streikenden bewerten.

Seit 1969 ist Kambodscha Mitglied der International Labour Organization (ILO) und bekennt sich somit auch zum Recht auf menschenwürdige Arbeit. Vor diesem Hintergrund stellt sich



uns die Frage, welche Schritte die kambodschanische Regierung unternimmt, um diesem Bekenntnis Rechnung zu tragen. Die Brände in der Tazreen- und Rana-Plaza-Fabrik in Bangladesch haben gezeigt, dass mit der Sicherheit der ArbeitnehmerInnen fahrlässig umgegangen wurde. Internationale Textilunternehmen unterschrieben anschließend ein Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um Selbstverpflichtungen von Unternehmen, die nie einen aktiven Staat ersetzen können. So ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass die verantwortlichen Regierungen diesen Prozess vorantreiben und sicherstellen, dass das Abkommen sorgfältig umgesetzt wird. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns in diesem Zusammenhang das Engagement der kambodschanischen Regierung schildern könnten. Ebenso würden wir gerne mehr über andere politischen Maßnahmen zu Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der kambodschanischen Textilindustrie erfahren.

Wir möchten betonen, dass selbstverständlich die kambodschanische Regierung für sozial akzeptable Standards aber auch für die Sicherheit der Menschen verantwortlich ist und nur sie die Legitimation besitzt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Durch geeignete Gesetze und Maßnahmen könnte auch den Textilunternehmen Verantwortung übertragen werden. Auf der Jagd nach dem höchsten Profit nehmen die Konzerne oftmals Menschenrechtsverstöße und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in Kauf. Als grüne Bundestagsabgeordnete verfolgen wir die Auslandsaktivitäten deutscher Unternehmen mit Beharrlichkeit und versuchen sie dann in die Pflicht zu nehmen, wenn die staatlichen Strukturen nicht für angemessene soziale Standards und auch nicht für entsprechende Sicherheitsbedingungen sorgen. Hierbei sind wir jedoch stark auf die Kooperation mit dem kambodschanischen Staat angewiesen. Wir sind davon überzeugt, dass wir Verbesserungen lediglich erreichen können, wenn wir alle an einem Strang ziehen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Kekeritz

und

Beate Müller-Gemmeke, Bündnis 90/Die Grünen